

II-14533 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIPL.-ING. DR. FRANZ FISCHLER

BUNDESMINISTER
 FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

z1.10.930/85-IA10/94

WIEN, 1994 07 11
 1012, Stubenring 1

6601 /AB

1994-07- 20

zu 6767/J

Gegenstand: Schriftl.parl.Anfr.d.Abg.z.NR

Petrovic, Wabl, Freundinnen und
 Freunde, Nr. 6767/J vom 1.6. 1994
 betreffend GATT-Chancen für die öko-
 logische Umgestaltung der Förderungs-
 politik der österreichischen Landwirtschaft

An den

Herrn Präsidenten
 des Nationalrates
 Dr. Heinz Fischer

Parlament

1017 Wien

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie bei-
 geschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Petrovic,
 Wabl, Freundinnen und Freunde vom 1.6. 1994, Nr. 6767/J, betreffend
 GATT-Chancen für die ökologische Umgestaltung der Förderungspolitik
 der österreichischen Landwirtschaft, beehe ich mich folgendes
 mitzuteilen:

Bevor ich auf die Beantwortung Ihrer Fragen näher eingehe, darf ich
 folgendes ausführen:

Es entspricht den Tatsachen, daß es aufgrund des Abkommens zum
 Abschluß der GATT-Uruguay-Runde durch die umfassende "Green-Box"
 möglich sein wird, Maßnahmen zur Abgeltung ökologischer Leistungen
 der Bauern unter den Rahmenbedingungen des GATT zu ergreifen. Daß
 dies möglich geworden ist, geht wesentlich auf die Initiative der
 Österreichischen Bundesregierung und des Bundesministeriums für

- 2 -

Land- und Forstwirtschaft im Zuge der GATT-Verhandlungen zurück. Was die Informationen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft über negative Auswirkungen des GATT auf die österreichische Landwirtschaft betrifft, so haben sich diese vor allem darauf bezogen, daß bei einer autonomen Umsetzung der GATT-Verpflichtungen für Österreich im Falle eines Nicht-Beitrittes zur EU eine massive Beeinträchtigung der österreichischen Exportmöglichkeiten in die Staaten der EU erfolgen würde, wobei insbesonders die Produktionsbereiche Milch und Rinder betroffen gewesen wären.

Zur Beantwortung Ihrer Fragen im einzelnen:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Durch das Ergebnis der GATT-Uruguay-Runde, die gestützte Exportmenge (auf Basis der Jahre 1986 bis 1990 bzw. 1991 und 1992) innerhalb von 6 Jahren um 21 % sowie die Exportstützungen um 36 % zu reduzieren, werden die österreichischen Exportverwertungsmöglichkeiten eingeschränkt. Durch die gleichzeitig im GATT-Abkommen vorgesehene Erweiterung des Marktzutrittes hat ein Importland die Voraussetzungen für die Importmöglichkeiten zu schaffen; die Verpflichtung des Exportlandes, die Exporte zu reduzieren, wird dadurch aber nicht aufgehoben. Da ein Großteil der österreichischen Exporte in die EU geht und Österreich die Reduktionsverpflichtungen beim Export gleichzeitig einzuhalten hat, würden die Exportmöglichkeiten eingeschränkt. Es kann daher nicht davon gesprochen werden, daß eine Desinformationspolitik betrieben wurde.

Das österreichische Verhandlungsergebnis in Brüssel und der Abschluß des Europaabkommens haben entscheidend dazu beigetragen, daß für die österreichische Land- und Forstwirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft auch unter geänderten Voraussetzungen

- 3 -

sichergestellt werden. Das österreichische Volk hat dem durch die klare Entscheidung für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union anlässlich der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 seine überwiegende Zustimmung erteilt.

Mit der Vereinbarung über das österreichische Umweltprogramm anlässlich der EU-Beitrittsverhandlungen ist ein wesentlicher Schritt zur Ökologisierung der Landwirtschaft erfolgt. Dieses Programm ist 1995 mit 5,5 Mrd. Schilling dotiert; wie hoch die Förderung je Betrieb sein wird, wird davon abhängen, in welchem Ausmaß die Betriebe die vorgesehenen ökologischen Maßnahmen in Anspruch nehmen und umsetzen werden.

Beilage

Der Bundesminister:

fischer

BEILAGE

Der gegenüber der höchst unvernünftigen EU-Agrarpolitik verbleibende beachtliche nationale Spielraum könnte daher dazu benutzt werden, in Österreich eine ökologische Wende in der Förderungspolitik einzuleiten. Anbieten würde sich eine Umschichtung der nun freiwerdenden Mittel des Budgets von der Überschuß-Subventionierung (z.B. Exportförderungen) hin zu ökologisch motivierten, produktionsneutralen Direktzahlungen an die Bäuerinnen und Bauern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Warum haben Sie gegenüber den österreichischen Bäuerinnen und Bauern die Auswirkungen des GATT in einer fachlich einseitigen Art und Weise als wesentlich problematischer dargestellt als das EU-Landwirtschaftsregime? Wie rechtfertigen Sie diese mit Angstgefühlen spielende verzerrte Informationspolitik, noch dazu auf Kosten der SteuerzahlerInnen?
2. Sind Sie - spät, aber doch - bereit, gegenüber der österreichischen Landwirtschaft ehrlich zuzugeben, daß das GATT jedenfalls verhindert, daß die EU-Märkte für österreichische Produkte "zugemacht" werden? Wenn nein, wie rechtfertigen Sie diese Desinformationspolitik?
3. Sind Sie im Falle eines Nein bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 bereit, den im GATT-Abkommen vereinbarten, verbleibenden nationalen Spielraum der Agrarpolitik im Sinne einer ökologischen Wende in der österreichischen Agrarförderungspolitik zu nützen? Wenn nein, warum nicht?
4. Unter der Annahme, daß sämtliche heute gewährten Förderungen für Exportstützungen und produktbezogene Subventionen für Direktzahlungen im Sinne der Ökologisierung der Landwirtschaft bereitgestellt würden: Welche Summen könnten dann insgesamt zum Einsatz gelangen und wieviel könnte die Förderung pro landwirtschaftlichem Betrieb (unter der Annahme gleich hoher Förderungen pro Betrieb) ausmachen?